

Niedersächsischer Richterbund, Geschäftsstelle, Landgericht Hannover, Volgersweg 65, 30175 Hannover

An die
Mitglieder des
Niedersächsischen Richterbundes

Celle, 15.10.2010

Frank Bornemann
stellvertretender Vorsitzender

Geltung der Beihilfevorschriften nach dem 27. Oktober 2009

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Frage, ob und wie viel Beihilfe für Aufwendungen in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen gewährt wird, war in der Vergangenheit oftmals Anlass für gerichtliche Auseinandersetzungen. Die Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte des Landes Niedersachsen erhalten Beihilfen nach den für die Beamten des Bundes geltenden Vorschriften, wobei hier die Allgemeinen Verwaltungsvorschriften für Beihilfen im Krankheits-, Pflege- und Geburtsfall - Beihilfeverordnung (BhV) - in der im Zeitpunkt des Entstehens der Aufwendungen maßgebend sind. Das Verwaltungsgericht Göttingen hat nunmehr mit Urteil vom 27. Mai 2010 (Az.: 3 A 158/09) entschieden, dass die BhV seit dem 27. Oktober 2009 - der konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestags - nicht mehr gelten und sich die Gewährung von Beihilfe unmittelbar aus § 80 Niedersächsisches Beamtenengesetz (NBG) ergebe.

Nach § 80 Abs. 3 NBG wird Beihilfe gewährt zu den nachgewiesenen, medizinisch notwendigen und angemessenen Aufwendungen im Krankheits-, Pflege- und Geburtsfall.

Nach Auffassung des Verwaltungsgerichtes Göttingen bedeutet dies, dass der Maßstab für die Gewährung von Beihilfe nicht mehr aus der BhV, sondern unmittelbar aus dem Gesetz zu entnehmen ist. Da der Maßstab des § 80 Abs. 3 NBG großzügiger ist als die Regelungen der BhV, könnte dies zur Folge haben, dass unter dieser Rechtslage Aufwendungen im Krankheits-, Pflege- und Geburtsfall in größerem Umfange beihilfefähig sind, als bisher. Es wäre daher in Betracht zu ziehen, für nach dem 27. Oktober 2009 entstandene Aufwendungen auch dann Beihilfe zu beantragen, wenn diese nach der alten BhV nicht beihilfefähig gewesen wären. Dies betrifft insbesondere die Aufwendungen für Brillen und bestimmte Therapiemethoden.

Da die Rechtsauffassung des Verwaltungsgerichts Göttingen - soweit ersichtlich - bislang vereinzelt geblieben ist und nicht absehbar ist, wie andere Verwaltungsgerichte entscheiden werden, kann ich jedoch nicht die Empfehlung geben, bei einer ablehnenden Entscheidung der Beihilfebehörde nach Durchführung des Widerspruchsverfahrens Klage zu erheben. Nach Informationen, die dem Niedersächsischen Richterbund vorliegen - werden jedoch derzeit Widersprüche gegen ablehnende Bescheide über die Gewährung von Beihilfe von der Beihilfebehörde ruhend gestellt, bis eine abschließende Klärung der Rechtsfrage erfolgt ist. Ob einzelne Ansprüche auf Erstattung von Aufwendungen im Wege der Klage vor den Verwaltungsgerichten verfolgt werden sollen, muss daher jeder Beihilfeberechtigte selbst für sich entscheiden.

Zur Beseitigung des unsicheren Rechtszustandes hat das Finanzministerium bereits eine neue Beihilfeverordnung vorgelegt, die sich derzeit im Anhörungsverfahren befindet. Ich gehe davon aus, dass diese spätestens zu Beginn des nächsten Jahres in Kraft treten wird und werde Sie entsprechend informieren.

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

Bornemann